

Gestützt auf die seit 1945 geschaffene neue antifaschistisch-demokratische Ordnung in Staat und Wirtschaft, konnte die 11. Tagung des Parteivorstandes (29. bis 30. Juni 1948) den „Zweijahrplan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft“ beschließen.

Die weitaus höheren und komplizierteren Aufgaben machten die Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Partei neuen Typs dringend erforderlich.

Die Feinde des Volkes sahen mit ohnmächtiger Wut auf die Entwicklung in der Ostzone. Ihr ganzer Haß und ihre schmutzigen Angriffe richteten sich gegen die SED, das unerschütterliche Bollwerk im Kampf um ein besseres Leben. Besonders das Ostbüro der SPD war bemüht, den Kurs der SED zur marxistisch-leninistischen Kampfpartei aufzuhalten. Die Partei zerschlug die Bestrebungen der Reaktionäre und der Agenten dieses amerikanischen Ostbüros.

Auf der 11., 12. und 13. Tagung des Parteivorstandes wurden wichtige Beschlüsse zur politisch-ideologischen und organisatorischen Festigung der Partei gefaßt, die wesentlich dazu beitrugen, die SED zu einer Partei zu machen, die unerschütterlich und kompromißlos auf dem Boden des Marxismus-Leninismus kämpft.

Um die Sauberkeit der Partei zu sichern, wurden Parteikontrollkommissionen beim Parteivorstand sowie in den Ländern und Kreisen geschaffen. Die Schulungsarbeit wurde verbessert und verstärkt, allen Parteimitgliedern, insbesondere aber den Funktionären der Partei, wurde zur Pflicht gemacht, intensiv zu studieren und sich die Erfahrungen und Lehren der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und der anderen Bruderparteien anzueignen.

Im Zusammenhang mit den großen wirtschaftlichen Aufgaben, die die ersten Wirtschaftspläne an die Partei stellten, forderte der Parteivorstand von allen Parteimitgliedern, mit der Unterschätzung der Arbeit der Betriebsgruppen der Partei Schluß zu machen und ihnen wirksame Hilfe und Anleitung zu geben. Der Parteivorstand bezeichnete als Hauptaufgabe der Betriebsgruppen, sich aus der Rolle eines Anhängsels der Werkleitungen zu befreien und wirklich zur führenden Kraft im Betrieb zu werden.

\*

Alle diese Maßnahmen stählten und festigten die Partei weiter. Die 1. Parteikonferenz der SED (25. bis 28. Januar 1949) konnte feststellen, daß „eine Reihe grundsätzlicher Fragen geklärt wurde (das Verhältnis zur Sowjetunion, zum Marxismus-Leninismus, der Weg zum Sozialismus, das Bündnis mit der Bauernschaft, die Rolle der Partei, die Bedeutung und Aufgaben der Betriebsgruppenarbeit u. a.)“.

Die Klärung dieser ideologischen Grundfragen zeigte, daß der frühere ideologische Unterschied zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten weitgehend verschwunden war. Auf der Grundlage der im Kampf der Partei erreichten ideologischen Verschmelzung konnte die 1. Parteikonferenz beschließen, die bis dahin bestehende Parität in den Parteileitungen zu beseitigen und eine differenzierte Kandidatenzeit einzuführen. Die Beseitigung der Parität der Parteileitungen gab die Möglichkeit, auch die inzwischen herangewachsenen jungen Kader in verantwortliche Parteifunktionen einzusetzen. Damit wurde ihre Entwicklung zu erfahrenen und zuverlässigen Parteiarbeitern weiter beschleunigt. Als kollektive operative Führung wurde das Politbüro geschaffen.